Freie Demokraten im Hessischen Landtag

FOLGEN DER LEHRERSTELLENKÜRZUNGEN

06.11.2015

- **Auswirkungen der Lehrerstellenkürzungen haben sich bewahrheitet**
- **Kürzungen im Schulalltag schmerzhafter als von Landesregierung behauptet**
- **Mittel für Beschulung von Flüchtlingen bereitstellen**

WIESBADEN - In einem offenen Brief an Kultusminister Lorz hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Hessen scharfe Kritik an der schwarz-grünen Landesregierung geübt und die konkreten Auswirkungen der von dieser vorgenommenen Lehrerstellenkürzung auf den Alltag der hessischen Schulen aufgezeigt. „Unsere Befürchtungen bezüglich der Folgen für Hessens Schulen, die mit den von der schwarz-grünen Landesregierung vorgenommenen Lehrerstellenkürzungen an Hessens Grundschulen und gymnasialen Oberstufen einhergehen, haben sich bewahrheitet“, so Wolfgang GREILICH, schulpolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag.

„Durch die Umverteilung von insgesamt 300 Stellen hat Schwarz-Grün die Grundschulen und gymnasialen Oberstufen in Hessen zum Steinbruch ihrer Bildungspolitik gemacht. Wie die Ausführungen des VBE Hessen aufzeigen, sind die Kürzungen im Schulalltag sehr viel schmerzhafter als CDU und Grüne glauben machen wollen. Bei den Kürzungen in der gymnasialen Oberstufe stehen wir sogar noch am Anfang.“

Greilich weiter:

„Darüber hinaus ist es absolut unverantwortlich, dass die Landesregierung bei der größten Herausforderung der nächsten Jahre – der Beschulung minderjähriger Flüchtlinge – angesichts der dramatisch steigenden Zahlen weiter zögert statt zu handeln. Es bedarf endlich konkreter finanzieller Zusagen, die dem Kultusminister wenigstens eine Planung ermöglichen. Stattdessen treten Finanzminister Schäfer und Ministerpräsident Bouffier in dieser Sache bisher nur durch anhaltendes Zaudern in Erscheinung. Wir fordern deshalb

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=5568

die Landesregierung auf, endlich konkret zu sagen, welche Mittel sie für die Beschulung der mehreren tausend zusätzlichen Schüler ohne Deutschkenntnisse bereitstellen will.

Vor diesem Hintergrund entpuppt sich auch der an sich begrüßenswerte Vorstoß der Justizministerin, Rechtskunde für Flüchtlinge anzubieten, als wohlfeile Propaganda. Wenn Flüchtlinge die deutsche Sprache nicht als Grundlage vermittelt bekommen, wie sollen sie dann einem noch so gut gemeinten Rechtskundeunterricht folgen können?“.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=5568